

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN DER CREATIV PERSONALDIENSTLEISTUNGEN GMBH

1. Allgemeines

1.1 Creativ Personaldienstleistungen GmbH stellt dem Kunden ihre Mitarbeitenden auf der Grundlage des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) vorübergehend zur Verfügung. Für diese Arbeitnehmerüberlassungsverträge gelten ausschließlich unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen, entgegenstehenden Geschäftsbedingungen des Kunden widersprechen wir ausdrücklich. Die nachstehenden Bedingungen gelten nur im Geschäftsverkehr mit Unternehmern i.S.d. § 14 BGB.

1.2 Wir sind Arbeitgeber der überlassenen Mitarbeitenden. Diese stehen in keiner vertraglichen Beziehung zum Kunden. Alle wesentlichen Merkmale der Tätigkeit sowie etwaige neue Dispositionen sind ausschließlich mit uns zu vereinbaren, wobei wir auf die besonderen Verhältnisse des Betriebes und die Wünsche unseres Kunden Rücksicht nehmen, soweit uns dies möglich ist. Wir sind berechtigt, aus organisatorischen, betrieblichen oder gesetzlichen Gründen Mitarbeitende abzurufen und die Erledigung der Arbeiten anderen Mitarbeitenden zu übertragen. Wir sind im Hinblick auf § 11 Abs. 5 AÜG nicht verpflichtet, unsere Mitarbeitenden in Kundenunternehmen zu überlassen, die von einem Arbeitskampf unmittelbar betroffen sind.

2. Vertragsdurchführung, Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrecht

2.1 Der Kunde ist verpflichtet, wöchentlich den Arbeitsnachweis zu prüfen und abzuzeichnen, den unsere Mitarbeitenden ihm vorlegen. Wird ein vorgelegter Arbeitsnachweis weder abgezeichnet noch angebliche Fehleintragungen unverzüglich in Textform moniert, gilt der von unseren Mitarbeitenden vorgelegte Arbeitsnachweis als vom Kunden genehmigt.

2.2 Die aufgrund der Arbeitsnachweise erteilten Rechnungen sind bei Erhalt ohne Abzug fällig. Wir sind nicht verpflichtet, Wechsel oder Schecks in Zahlung zu nehmen. Eine etwaige Annahme geschieht nur erfüllungshalber; in diesem Fall trägt der Kunde die Bankspesen und die Wechselsteuer. Ungeachtet der wechsel- bzw. scheckrechtlichen Folgen haften wir nicht für eine nicht rechtzeitige Vorlegung, Protestierung, Benachrichtigung oder Regressnahme bei Nichteinlösung.

2.3 Die Zuschläge für anfallende Mehrarbeit ebenso wie für Schicht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit berechnen wir nach den Tarifbestimmungen die auf das Arbeitsverhältnis der überlassenen Mitarbeitenden Anwendung finden, sofern anderweitig keine speziellen Zuschläge festgelegt bzw. vereinbart sind.

2.4 Im Fall des Verzuges sind wir berechtigt, dem Kunden Verzugszinsen in Höhe von 9%-Punkten über dem jeweiligen Basiszinssatz gem. § 247 BGB zu berechnen. Die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugschadens bleibt unberührt.

2.5 Dem Kunden steht kein Aufrechnungs- und/ oder Zurückbehaltungsrecht zu, es sei denn, die Ansprüche des Kunden sind unstreitig oder durch rechtskräftiges Urteil festgestellt.

2.6 Unsere Mitarbeitenden sind nicht zum Inkasso berechtigt.

2.7 Unsere Mitarbeitenden sind schriftlich zu strengem Stillschweigen über alle Geschäftsangelegenheiten unserer Kunden verpflichtet.

3. Beanstandungen und Haftung

Unsere Mitarbeitenden sind sorgfältig ausgewählt. Dennoch ist unser Kunde verpflichtet, sich seinerseits von der Eignung der ihm überlassenen Mitarbeitenden für die vorgesehene Tätigkeit zu überzeugen und evtl. Beanstandungen über ihn unverzüglich an uns zu richten.

3.1 Stellt der Kunde innerhalb der ersten vier Stunden der Überlassung fest, dass Mitarbeitende sich nicht für die vorgesehene Tätigkeit eignen und besteht er uns gegenüber auf Austausch der Mitarbeitenden, werden ihm die bereits erbrachten bis zu vier Arbeitsstunden nicht berechnet.

3.2 Reklamationen über die Eignung unserer Mitarbeitenden sind am Tage ihrer Feststellung, spätestens binnen einer Woche nach der Entstehung des die Reklamation begründenden Umstandes bei uns geltend zu machen. Verspätete Reklamationen geben dem Kunden keinerlei Ansprüche. Bei rechtzeitiger berechtigter Reklamation bemühen wir uns um einen Austausch der Mitarbeitenden durch andere geeignete Mitarbeitende. Ein Anspruch auf Austausch besteht nicht.

3.3 Im Übrigen können wir nur für die Auswahl einstehen, dass unsere Mitarbeitenden für den vorgesehenen Einsatz generell geeignet sind und ihre Leistungen entsprechend den gestellten Anforderungen erbringen können. Wir haften für grob fahrlässiges oder vorsätzliches Verschulden bei der Auswahl unserer Mitarbeitenden. Wir haften außerdem bei der Verletzung vertragswesentlicher Pflichten für den bei Vertragsschluss vorhersehbaren typischen Schaden, bei Schäden an Leib und Leben und soweit wir aufgrund gesetzlicher Vorschriften zwingend haften. Im Übrigen sind Schadensersatzansprüche, gleich welcher Art, uns gegenüber ausgeschlossen.

3.4 Wir können keine Haftpflicht übernehmen, soweit unsere Mitarbeitenden mit Geldangelegenheiten, wie Kassenführung, Verwahrung und Verwaltung von Geld, Wertpapieren oder anderen Wertsachen betraut werden. Ist eine solche Tätigkeit geplant, müssen wir vor Vertragsschluss schriftlich ausdrücklich hierauf hingewiesen werden.

3.5 Mit Rücksicht darauf, dass unsere Mitarbeitenden in den Betriebsräumen und Arbeitsstätten des Kunden unter dessen Weisung, Aufsicht und Leistungskontrolle tätig werden, haften wir nur im Rahmen der obigen Haftungsbeschränkung für Schäden, die unsere Mitarbeitenden an Gegenständen verursachen, an oder mit denen sie arbeiten, ebenso wenig für sonstige fahrlässige oder vorsätzliche Schadenszufügung durch unsere Mitarbeitenden. Sofern Sachen oder Personen durch unsere Mitarbeitenden während ihrer Tätigkeit für den Kunden zu Schaden kommen, hat der Kunde uns von einer Inanspruchnahme durch Dritte freizustellen.

3.6 Der Vertrag ist mit einer Frist von 5 Arbeitstagen beiderseits kündbar.

4. Pflichten des Entleihers, Arbeitsschutz, Berufsgenossenschaft

4.1 Der Kunde verpflichtet sich, unsere Mitarbeitenden vor Arbeitsaufnahme mit den arbeitsplatzspezifischen Gefahren sowie den für seinen Betrieb und den jeweiligen Arbeitsplatz geltenden Unfallverhütungs- und Arbeitsschutzvorschriften vertraut zu machen und für deren Einhaltung zu sorgen. Der Kunde ist insbesondere verpflichtet, die für die Ausübung der jeweiligen Tätigkeit vorgeschriebenen Sicherheitsausrüstungen und Schutzkleidung zur Verfügung zu stellen und auf deren Verwendung zu achten sowie Maßnahmen und Einrichtungen der Ersten Hilfe gemäß BGV A1 „Grundsätze der Prävention“ für unsere Mitarbeitenden bereitzuhalten. Der Kunde hat alle Vorrichtungen, Gerätschaften und Räume so zu unterhalten und einzurichten, sowie die unter seiner Aufsicht stattfindenden Arbeitsabläufe so zu regeln, dass unsere Mitarbeitenden entsprechend den jeweiligen Arbeitsschutzbestimmungen beschäftigt werden, insbesondere gegen Gesundheitsschäden geschützt werden. Soweit unser Mitarbeitenden bei der Tätigkeit im Betrieb des Kunden chemischen, physikalischen oder biologischen Einwirkungen ausgesetzt ist oder gefährdende Tätigkeiten im Sinne der Unfallverhütungsvorschrift BGV A4 ausübt, hat der Kunde vor Beginn dieser Tätigkeit eine arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchung durchzuführen. Unsere Fachkräfte für die Arbeitssicherheit sind berechtigt, die Einhaltung dieser Verpflichtungen durch Arbeitsplatzbesuche in Kundenbetrieben zu überprüfen.

4.2 Unsere Mitarbeitenden sind bei der Verwaltungsberufsgenossenschaft versichert. Der Kunde verpflichtet sich, einen Arbeitsunfall (§ 8 SGB VII) unserer Mitarbeitenden unverzüglich der Creativ Personaldienstleistungen GmbH mitzuteilen. Der Kunde hat die Unfalluntersuchung zu unterstützen und die Besichtigung des Unfallortes durch Mitarbeitende oder Beauftragte der Creativ Personaldienstleistungen GmbH zu ermöglichen.

4.3 Falls unsere Mitarbeitenden bei mangelhaften oder nicht vorhandenen Sicherheitseinrichtungen oder Ausrüstungen oder ohne Schutzkleidung die Aufnahme oder Fortsetzung der Tätigkeit beim Kunden berechtigterweise ablehnen, schuldet der Kunde dennoch die vereinbarte Vergütung für 7 Stunden pro Tag, bis entweder das Hindernis beseitigt oder der Überlassungsvertrag gekündigt ist.

4.4 Falls unsere Mitarbeitenden ihre Tätigkeit beim Kunden nicht aufnehmen oder der Tätigkeit fernbleiben, wird uns der Kunde unverzüglich informieren.

5. Leistungshindernisse

5.1 Wir sind berechtigt, unsere Leistungen zurückzubehalten, wenn der Kunde seinen Verpflichtungen aus diesem oder einem früheren Arbeitnehmerüberlassungsvertrag oder aus sonstiger Geschäftsbeziehung zu uns, ganz oder teilweise, nicht erfüllt und wir ihm bereits eine angemessene Nachfrist zur Erfüllung gesetzt haben.

5.2 Wir sind darüber hinaus berechtigt, den Arbeitnehmerüberlassungsvertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen. Ein solcher Grund liegt insbesondere vor, wenn:

5.2.1 der Kunde mit seiner Zahlungspflicht aus diesem oder einem früheren Vertrag in Verzug geraten ist;

5.2.2 der Kunde die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Arbeitnehmerüberlassungsvertrag verweigert oder sich aus den Umständen ergibt, dass die Erfüllung der Verpflichtungen des Kunden erheblich gefährdet erscheinen, dass z. B. Zahlungsverpflichtungen aufgrund wesentlicher Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Kunden durch einen Antrag auf Eröffnung des Konkurs- oder Vergleichsverfahrens, durch Vollstreckungsmaßnahmen, Wechselproteste o. ä. gefährdet sind oder der Kunde seine Verpflichtungen zur Einhaltung der Unfallverhütungs- und Arbeitsschutzbestimmungen nicht erfüllt.

6. Vermittlungshonorar

Kommt vor, während oder nach Überlassung unserer Mitarbeitenden zwischen dem Kunden und den Mitarbeitenden ein Arbeitsverhältnis zustande, so bemisst sich das Vermittlungshonorar auf 2,0 Bruttomonatsgehältern auf Basis des Jahreseinkommens.

Für jeden Monat der vorangegangenen Überlassung mindert sich das Vermittlungshonorar um 1/12.

7. Drehtürklausel und Anrechnung von Verleihzeiten

7.1 Der Auftraggeber informiert uns unverzüglich, wenn ihm Mitarbeitende überlassen werden sollen oder überlassen werden, mit dem der Auftraggeber in den letzten sechs Monaten vor Beginn der Überlassung in einem Arbeitsverhältnis gestanden hat. Die Informationspflicht gemäß Satz 1 besteht gleichermaßen, wenn Mitarbeitende in den letzten sechs Monaten vor Beginn der Überlassung mit einem Unternehmen in einem Arbeitsverhältnis standen, das mit dem Auftraggeber einen Konzern im Sinne des § 18 AktG bildet. Sofern in den letzten sechs Monaten vor Beginn der Überlassung ein Arbeitsverhältnis mit dem Auftraggeber oder einem mit diesem einen Konzern im Sinne des § 18 AktG bildenden Unternehmen bestand, wird der Auftraggeber uns unverzüglich die wesentlichen Arbeits- und Entgeltbedingungen eines vergleichbaren Arbeitnehmers des Auftraggebers gemäß § 8 Abs. 1 AÜG mitteilen. Die Parteien entscheiden sodann, ob die Überlassung gleichwohl durchgeführt bzw. fortgesetzt werden soll.

7.2 In gleicher Weise informiert der Auftraggeber uns unverzüglich, wenn ihm Mitarbeitende überlassen werden sollen oder überlassen werden, die in dem Einsatzunternehmen in den letzten vier Monaten vor Beginn der Überlassung durch uns bereits über einen anderen Verleiher eingesetzt waren.

8. Anwendung von Branchentarifzuschlägen

Soweit während der Laufzeit des AÜV

(a) eine Erhöhung der nach Maßgabe der anwendbaren Tarifverträge an die Mitarbeitenden zu zahlenden tariflichen Entgelte (einschließlich Weihnachts- oder Urlaubsgeld oder sonstiger Sondervergütungen) oder von tariflichen Aufwandsersatzleistungen eintritt, oder

(b) eine Erhöhung der tariflichen Entgelte (einschließlich Weihnachts- oder Urlaubsgeld oder sonstiger Sondervergütungen) oder von tariflichen Aufwandsersatzleistungen aufgrund eines Wechsels des anzuwendenden Tarifvertrages eintritt, oder

(c) für die Mitarbeitenden ein gesetzlicher Mindestlohn in Kraft tritt, der höher ist, als das für den Arbeitnehmer tarifvertraglich geltende Entgelt, oder

(d) erstmals Branchenzuschläge oder höhere Branchenzuschläge an die Mitarbeitenden zu zahlen sind, als von uns bei Abschluss des AÜV kalkuliert, und deren Zahlbarkeit (i) nach den insoweit von dem Auftraggeber mitgeteilten Informationen für uns nicht erkennbar war oder (ii) darauf zurückzuführen ist, dass sich die von dem Auftraggeber mitgeteilten tatsächlichen Umstände in dem Einsatzbetrieb des Auftraggebers geändert haben, oder (iii) aus einem Branchenzuschlagstarifvertrag folgt, der bei Abschluss des AÜV noch nicht anwendbar war, oder

(e) das gesetzliche Prinzip des „equal Treatment“ oder „equal Pay“ Anwendung findet und den Mitarbeitenden hierdurch höhere Entgelt- oder Aufwandsersatzansprüche zustehen, als mit uns arbeitsvertraglich vereinbart,

sind wir berechtigt, rückwirkend für den Zeitraum ab Wirksamwerden der vorgenannten Entgelterhöhungen bzw. Zahlbarkeit der (höheren) Branchenzuschläge den Stundenverrechnungssatz oder ggf. vereinbarte Aufwandsersatzleistungen entsprechend der ursprünglichen Kalkulation des mit dem Auftraggeber jeweils vereinbarten Stundenverrechnungssatzes zu erhöhen. Hierbei ist der Anteil des tariflichen Entgelts am Stundenverrechnungssatz mit 90%,

derjenige der an die Mitarbeitenden zahlbaren Aufwandsersatzleistungen mit 5 % unserer der Kalkulation des Stundenverrechnungssatzes zugrunde liegenden Gesamtaufwendungen in Ansatz zu bringen. Dem Auftraggeber bleibt das Recht vorbehalten, den Nachweis zu führen, dass die vorstehend in lit. (a) bis (e) genannten Erhöhungen des Entgelts der an ihn überlassenen Mitarbeitenden, bzw. der diesem zu zahlenden Aufwandsersatzleistungen für uns jeweils zu keiner, bzw. zu einer nur anteiligen Erhöhung unserer Lohn- und/oder Lohnnebenkosten führen. Ggf. sind wir lediglich berechtigt, die entsprechend erhöhten Lohn- und Lohnnebenkosten in unsere ursprüngliche Kalkulation einzustellen und einen so berechneten höheren Verrechnungssatz zu verlangen.

9. **Salvatorische Klausel, Schriftform, Gerichtsstand, Rechtswahl**

9.1 Falls einzelne Bestimmungen dieser allgemeinen Geschäftsbedingungen oder Teile von ihnen unwirksam sein oder werden sollten, wird hierdurch die Wirksamkeit der allgemeinen Geschäftsbedingungen im Übrigen nicht berührt. Die Vertragspartner werden alsdann anstelle der unwirksamen Bestimmungen eine dem beabsichtigten Zweck entsprechende Regelung in zulässiger Weise treffen.

9.2 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie etwaige Nebenabreden bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform gemäß § 12 AÜG.

9.3 Sofern der Besteller Unternehmer, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich rechtliches Sondervermögen ist, ist unser Sitz Gerichtsstand. Wir sind auch berechtigt, am Sitz des Auftraggebers zu klagen.

9.4 Auf die Vertragsbeziehungen findet ausschließlich deutsches Recht unter Ausschluss des zwischenstaatlichen Kollisionsrechts Anwendung.